



## Beschlussauszug aus der Sitzung des Stadtrates vom 30.10.2025

---

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 4 Informationen über den geplanten Stellenabbau am Bosch-Standort Homburg**

Der Oberbürgermeister berichtet, dass Bosch in Deutschland 13.000 Stellen streiche, davon 1.250 in Homburg. Es seien fast 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen. Dies sei ein harter Schlag für den Wirtschaftsstandort Homburg und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für diese müsse man Lösungen mit ordentlichen Perspektiven finden. Man werde dafür kämpfen, dass der Stellenabbau so nicht passiere. Man lasse nichts unversucht. Es sei wichtig, dass man die Sicht der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennt. Er begrüßt den Betriebsratsvorsitzenden von Bosch, Herrn Oliver Simon, und alle anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Herr Simon bedankt sich für die Einladung. Er berichtet, dass es sich tatsächlich um mehr als 1.500 Stellen handle. Die Hälfte der Belegschaft in Homburg werde gehen müssen, manche in andere Berufe, manche in die Rente, andere in die Arbeitslosigkeit. Sie hätten keine Perspektive. Es gebe zwar Arbeitsplätze in der Region, aber keine so hochwertigen. Es gebe viele junge Kolleginnen und Kollegen. Menschen würden ihre Arbeit und ihre Zukunft verlieren. Das Unternehmen habe angekündigt, der Abbau solle innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre stattfinden. Im Jahr 2001 habe es noch mehr als 7.000 Beschäftigte gegeben. Man dürfe diese Entwicklung nicht mit „Transformation“ abtun. Am Ende seien über 20.000 Stellen weg. Dies treffe nicht nur die Produktion, sondern auch die Entwickler. In anderen Ländern lasse sich billiger produzieren. Es handle sich um reine Profitgier. Der Wasserstoff sei die Zukunft. Hierfür müssten aber die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies sei Aufgabe der Politik. Für die Gewerkschaften ginge es um die Gerechtigkeits- und Verteilungsfrage. Es ginge nicht nur um Homburg, sondern um die gesamte Region.

Der Oberbürgermeister bekräftigt, dass die Kommunalpolitik tun werde, was sie könne. Hinter jedem Arbeitsplatz steckten Menschen, diese dürfe man nicht aus den Augen verlieren.

RM Conigliaro findet, die Anzahl der Anträge, die zu diesem Thema in der heutigen

Sitzung auf der Tagesordnung stünden, zeige dessen Wichtigkeit. Es sei eine schlimme Entwicklung, die mit großen Herausforderungen einhergehe. Es stünden tiefgreifende Veränderungen an. Homburg sei stark betroffen. Die Menschen würden vor Existenzfragen gestellt, es gehe um alles. Es sei wichtig, dass in der heutigen Ratssitzung über dieses Thema gesprochen werde. Man stehe fest an der Seite der Betroffenen.

RM Spaniol sagt, es sei ein starkes Signal, dass so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anwesend seien. Bereits vor neun Jahren habe man gemeinsam gegen den damals geplanten gnadenlosen Stellenabbau gekämpft. Fast jede und jeder im Stadtrat habe eine Person in der Familie, unter seinen Freunden oder Bekannten, die oder der bei Bosch arbeite. Man werde nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und resignieren. Bosch in Homburg müsse bleiben. Sie halte den Stellenabbau für verantwortungslos und unmoralisch. Da könne man nichts schönreden. Menschen dürften nicht als bloßer Kostenfaktor behandelt werden. An erster Stelle dürfe nicht die Maximierung des Profites stehen. Man stehe mit voller Solidarität hinter den Beschäftigten. Die Sorgen und Unsicherheiten in Bezug auf die Arbeitsplätze seien in Homburg schon länger groß. Der Arbeitsplatzabbau ginge schon lange schleichend voran. Auf diese Weise würden die Schattenseiten der Elektromobilität deutlich. Die Situation bringe ein Gefühl der Ohnmacht mit sich. Kein Protest sei umsonst. Man habe viel Know-How und eine hohe Qualifizierung seitens der Beschäftigten in Homburg. Der Umbau der Industrie brauche eben Zeit. Transformation dürfe aber nicht bloß Arbeitsplatzabbau bedeuten. Die Beschäftigten müssten als Partner gesehen werden, nicht als Gegner. Bosch müsse für Transparenz und Perspektiven bei der Neuausrichtung sorgen. Die Forderungen der IG Metall seien richtig. Man brauche die Automobil- und Zuliefererindustrie an der Saar und in Homburg. Man identifiziere sich mit der Bosch-Familie und müsse für jeden Arbeitsplatz kämpfen.

RM Rippel findet, der angekündigte Stellenabbau sei ein Schlag sowohl für die Stadt als auch für die Region und vor allem für die Menschen, die mitunter seit Jahrzehnten mit ihrer Arbeit und ihrem Können zum Erfolg des Unternehmens beitragen würden. Man stehe an der Seite der Beschäftigten und deren Familien. Hinter jeder dieser Stellen stehe ein persönliches Schicksal. Bosch sei für Homburg mehr als nur ein Arbeitgeber. Die beiden Werke hätten Homburg sowohl wirtschaftlich als auch sozial und kulturell geprägt. Man dürfe und man werde dies nicht einfach hinnehmen. Es handele sich um Innovationskraft, die das Land dringend brauche. Die Transformation der Automobilindustrie sei in vollem Gange. Leider werde dies oft zum Anlass genommen, um einen Stellenabbau zu begründen. Es gebe Herausforderungen durch die Elektromobilität, die Digitalisierung und neue Antriebstechnologien. Dies verändere Märkte und Geschäftsmodelle. Transformation dürfe nicht mit sozialer Kälte verwechselt werden. Wandel müsse man innovativ, aktiv und sozialverträglich gestalten. Hierfür biete der Standort Homburg beste Voraussetzungen. In den vergangenen Jahren sei viel im Bereich Wasserstoff geforscht worden, leider profitiere das Werk hiervon jetzt nicht dauerhaft. Die Situation sei sehr ernst. Das Unternehmen, die Arbeitnehmer und die Politik müssten an einem Strang ziehen. Dann könnte man den Wandel gestalten. Homburg solle ein Industriestandort mit Zukunft bleiben. Dafür werde man kämpfen.

RM Piazzolo erklärt, dass hieran der Strukturwandel Schuld sei. Man solle bestenfalls

den Stellenabbau abwenden, mindestens müsse man aber die Härte abfedern. Es habe viele Fehlentscheidungen in der Industrie und der Politik gegeben. Die Innovationskraft in China sei groß. Selbstgesetzte Ziele habe man oft nur ungenügend verfolgt. Dies betreffe den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Ladeinfrastruktur. Durch das Hin und Her bei den Förderprogrammen sei es schwierig, bezahlbare E-Mobilität bereitzustellen. In der letzten Legislaturperiode habe man eine Wasserstoffinitiative in Homburg gestartet. Ziel sei gewesen, die Wasserstofftechnologie in Homburg voranzubringen. In der Kommunalpolitik müsse man jetzt Solidarität zeigen und Unterstützung anbieten. Man müsse auf ein Umdenken hoffen und die Rahmenbedingungen verbessern, um gute und gut bezahlte Arbeitsplätze in Homburg zu halten. Die Landes- und Bundespolitik fordere man auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

RM Loew berichtet, dass er selbst fast 15 Jahre bei Bosch in Homburg gearbeitet habe. Die Kolleginnen und Kollegen dort gäben jeden Tag ihr Bestes. Diese Ankündigung des geplanten Arbeitsplatzabbaus treffe mitten ins Herz der Stadt und die ganze Stadt würde es spüren. Es herrsche Zukunftsangst, Existenzen stünden auf dem Spiel, ganze Familien seien betroffen. Als Stadt und als Stadtrat müsse man geschlossen hinter den Beschäftigten stehen und Solidarität zeigen. Solidarität bedeute aber auch, gewisse Wahrheiten offen auszusprechen. Man dürfe nicht jahrelang eine Politik betreiben, die den Verbrennungsmotor abschaffen wolle und dann überrascht sein, wenn Unternehmen abwanderten, Werke schließen und viele Tausende Menschen ihre Arbeit verlieren würden. Die Mitarbeiter bei Bosch hätten die Innovation immer mitgetragen, neue Fertigungslinien aufgebaut und in Krisenzeiten durchgehalten. Man müsse hier jetzt Rückgrat zeigen und sich nicht wegducken. Es müsse eine industriepolitische Wende geben. Homburg müsse Industriestandort bleiben. Er hoffe, dass man in Brüssel endlich verstehe, dass man keine Arbeitsplätze rette, indem man Technologien verbiete. Natürlich werde die Resolution, die man heute beschließen wolle, keine Rechnungen bezahlen, aber hiermit trage man seiner Betroffenheit Ausdruck. Es bleibe zu hoffen, dass man wieder zu einer Politik zurückkehre, die Menschen nicht ihren Arbeitsplatz koste und ihnen die Zukunft raube.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Simon und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Kommen.

Zum Abschluss bedankt sich Herr Simon für die kämpferischen Worte des Stadtrates und bei den Kolleginnen und Kollegen, die zur heutigen Sitzung gekommen seien. Man müsse solidarisch dafür eintreten, dass man eine Zukunft bekomme. Die Geschlossenheit und die Unterstützung von vielen Menschen helfe sehr weiter.